



Die Romands freuten sich auf die Öffnung – und jetzt das

Christoph Lenz und
Philippe Reichen, Lausanne

In Solothurn so. Im Baselbiet anders. In Zürich eher soft. In Basel-Stadt weiter hart. Alle paar Minuten stellte gestern ein neuer Kanton sein originäres Corona-Massnahmenpaket vor. Bis der Bundesrat um 18.30 Uhr durchgriff: mit einer landesweiten Sperrstunde für Restaurants, Läden und Freizeitbetriebe um 19 Uhr. Ein Verbot für Veranstaltungen mit Publikum. Und massive Einschränkungen für private Treffen.

Das Diktat aus Bern ist zwar noch provisorisch. Doch in den Kantonsregierungen zweifelt kaum jemand daran, dass der Bundesrat das Massnahmenpaket am Freitag weitgehend so besiegelt. Einige sind darüber froh. Andere aber sehr ungehalten.

Insbesondere in der Westschweiz ist die Enttäuschung gross. Nach einem siebenwöchigen Lockdown, in dem die Ansteckungszahlen deutlich reduziert werden konnten, sollten in dieser Woche die Restaurants und kurz vor Weihnachten die Kulturlokale wieder öffnen. Die Vorfreude auf eine Normalisierung des Alltags war gross zwischen Genf und Freiburg. Und dann das.

«Respektlos»

Der Genfer Gesundheitsdirektor Mauro Poggia reagierte stinksauer auf die Neuigkeiten aus Bern. «Respektlos» verhalte sich

der Bundesrat gegenüber den Kantonen der Westschweiz, so Poggia. Diese hätten harte Massnahmen getroffen und gegenüber ihrer Bevölkerung den Kopf halten müssen. Heute hätten in erster Linie die Deutschschweizer Kantone Probleme, und plötzlich übernehme der Bundesrat für sie die Verantwortung.

Auch im Wallis finden es manche ungerecht, dass trotz positivem regionalem Trend eine landesweite Sperrstunde kommen soll. «Wir hatten enorm hohe Fallzahlen, aber unsere Situation hat sich massiv verbessert», sagte die Walliser Gesundheitsdirektorin Esther Waeber-Kalbermaten. «Wir haben unsere Aufgaben gemacht.»

«Das verunsichert die Leute»

In der Deutschschweiz ist das Echo gemischt. Der Baselbieter Regierungsrat Isaac Reber äusserte sich auf Facebook enttäuscht über den Bundesrat. Die Nordwestschweizer Kantone hätten ihre Corona-Massnahmen in den letzten Tagen koordiniert. Der Bundesrat habe seine Absichten aber am Samstag nicht angekündigt. «So geht Zusammenarbeit nicht», so Reber.

Auch der Thurgauer Gesundheitsdirektor Urs Martin kritisiert das institutionelle Durcheinander. Es sei für die Bevölkerung schwierig, wenn immer unterschiedliche Signale von zwei Staatsebenen kämen. «Das verunsichert die

Leute», so Martin.

Positiver äussert sich der Aargauer Gesundheitsdirektor Jean-Pierre Gallati, dessen Regierung heute neue Massnahmen beschliessen wollte. Grundsätzlich sei es absolut richtig, dass der Bundesrat bei einer landesweit schwierigen Ausgangslage auch landesweit einheitliche Regelungen anstrebe, so Gallati. «Sonst gibt es einen Flickenteppich.»

So unterschiedlich die Meinungen, so unklar ist auch, wie sich die Kantone in der Konsultation einbringen werden. Verschiedene Regierungsvertreter pochen auf Lockerungen am bundesrätlichen Regime. Der Genfer Gesundheitsdirektor Poggia etwa geht davon aus, dass Genf den Vorschlag einbringen werde, dass die Restaurants bis mindestens 21 Uhr geöffnet sein dürfen. Diese Lösung gilt ab dem 15. Dezember auch im benachbarten Frankreich. Auch die Walliser Regierung wird wohl dafür plädieren, die Restaurants länger zu öffnen, als der Bundesrat es will.

In welche Richtung die Wünsche der Deutschschweizer Kantone gehen, liess sich gestern nicht eruieren. Viele Kantone haben gerade erst neue Massnahmen beschlossen. Vereinzelt ist zu hören, dass Kantone, die bereits schärfere Einschränkungen festgelegt haben, diese wieder aufgeben wollen.